Das Echo von La Mancha

Warum der Streit um die Windkraft ein doppelter Kampf gegen Windmühlen ist

Von Markus Strüver



Die staatlich verordnete Energiewende agiert in einer fundamentalen Blindheit gegenüber den eigentlichen Ursachen der globalen ökologischen Krise

Es gehört zu den großen Ironien der Gegenwart, dass die wohl bekannteste Metapher für aussichtslosen, realitätsfernen Protest ausgerechnet von jenen Bauwerken inspiriert wurde, die heute als Symbole der Rettung gelten: den Windmühlen. Wenn Bürgerinitiativen und lokale Naturschützer heute gegen die Errichtung moderner Windkraftanlagen im Wald oder nahe ihrer Wohnhäuser aufbegehren, tun sie dies im Schatten eines doppelten Don Quijote. Das sprichwörtliche „Kämpfen gegen Windmühlen“ hat in der heutigen Debatte um die Energiewende eine tiefere, beunruhigende Mehrdeutigkeit erlangt. Es beschreibt nicht mehr nur die Ohnmacht derer, die sich gegen die Masten aus Stahl und Beton stellen, sondern im selben Maße den blinden Aktionismus der Staaten und Verbände, die diese Technologie forcieren.

Auf den ersten Blick offenbart sich die Metapher in ihrer klassischen, traurigen Realität auf der lokalen Ebene. Der Kampf der Windkraftgegner gleicht im gegenwärtigen rechtlichen Gefüge einer modernen Tragödie der Ohnmacht. Ausgestattet mit Argumenten über Infraschall, Artenschutz, lokalen Lebensraum und den Verlust unberührter Landschaften ziehen Bürgerinitiativen ins Feld. Doch sie stehen einer Übermacht gegenüber. Seit der staatliche Gesetzgeber den Ausbau der erneuerbaren Energien zum „überragenden öffentlichen Interesse“ erhoben und damit anderen Schutzgütern übergeordnet hat, sind den Bürgern die rechtlichen Hebel weitgehend aus der Hand geschlagen. Beschleunigte Verfahren, ausgehebelte Umweltverträglichkeitsprüfungen und starre Flächenvorgaben walzen den lokalen Protest nieder. Für die Aktiven vor Ort fühlt es sich an, als würden sie mit hölzernen Lanzen gegen eine unaufhaltsame, bürokratisch-industrielle Maschinerie anrennen. Ihr Widerstand gegen die Windräder ist, gemessen an den Erfolgschancen, ein klassischer, fast aussichtsloser Kampf gegen Windmühlen.

Doch wer den Blick weitet, erkennt die zweite, weitaus monumentalere Ebene dieser Metapher. Auch die Vorgehensweise der Regierungen, Planungsbehörden und befürwortenden Umweltverbände ist ein Kampf gegen Windmühlen – und zwar im genauesten philosophischen Sinne des Wortes. Die staatlich verordnete Energiewende agiert in einer fundamentalen Blindheit gegenüber den eigentlichen Ursachen der globalen ökologischen Krise. Indem Staaten versuchen, die Erderwärmung primär durch das massenhafte Aufstellen von Windkraftanlagen zu bekämpfen, verharren sie auf der Ebene der reinen Symptombekämpfung und Symptomverschiebung.

Man dreht an einem Rad – der Reduktion von CO_2 –, um das globale Uhrwerk zu reparieren, und ignoriert dabei, dass die Errichtung dieser Anlagen neue, unkalkulierbare Probleme erzeugt. Der massive Hunger nach kritischen Rohstoffen führt zu verheerenden Umweltzerstörungen und neokolonialer Ausbeutung im globalen Süden. Der mechanische Abrieb der Rotoren entlässt Mikroplastik in die Biosphäre. Und die großflächige Entnahme kinetischer Energie aus der Atmosphäre verändert lokale Mikroklimata. Solange die tieferen Ursachen unseres Planetenkollapses nicht erkannt und verstanden werden, bleibt der technokratische Eifer der Staaten ein verzweifeltes Gefuchtel im Nebel – der Versuch, ein System zu retten, das auf unendlichem Wachstum und einem mechanistischen Naturverständnis beruht, ohne dessen Fundamente anzutasten. Ein Staat, der glaubt, die Natur durch ihre totale Industrialisierung bewahren zu können, kämpft gegen Phantome. Er reitet, wie einst Don Quijote gegen Riesen, gegen Gestalten, die in Wahrheit nur die Folgen seiner eigenen, fehlerhaften Logik sind.

Aus diesem Dilemma erwächst eine neue Aufgabe für den lokalen Widerstand. Wenn die Aktiven verhindern wollen, dass ihr Engagement ein ohnmächtiges Anrennen gegen staatliche Verordnungen bleibt, müssen sie den Kampfplatz verlegen. Der nächste Schritt besteht darin, das Feld der bloßen Symptomabwehr zu verlassen und sich der Erforschung und Benennung der Ursachen zuzuwenden.

Anstatt nur zu rufen „Nicht in meinem Hinterhof!“, müssten Bürgerinitiativen zu Zentren einer tiefen, systemischen Aufklärung werden. Sie müssten beginnen zu untersuchen, woher die „Linie im Kopf“ kommt, die uns zwingt, die Welt permanent in nützlich und nutzlos einzuteilen. Sie müssten zeigen, dass das Windrad im Wald die direkte Fortsetzung einer Jahrtausende alten Geschichte der Entfremdung ist – sei es durch das symbolische Denken selbst, die Etablierung patriarchaler Zentralstrukturen in der Bronzezeit oder die Reduktion der Natur zu einer leblosen Maschine durch Descartes und Newton.

Wenn Windkraftgegner diesen Weg einschlagen, verwandelt sich ihr Protest. Sie kämpfen dann nicht mehr nur gegen ein physisches Objekt aus Stahl vor ihrer Haustür, sondern gegen das dahinterliegende, blinde Weltbild. Erst durch dieses Begreifen der Ursachen verliert der Widerstand seine Tragik. Er wird von der Verteidigung des eigenen Vorgartens zu einer fundamentalen Kritik an einer Zivilisation, die ihre eigenen Grenzen nicht anerkennen will. Nur so – durch die radikale Diagnose der Krankheit anstelle des Streits über das Pflaster – lässt sich verhindern, dass der Kampf gegen die Windräder ein ewiger, erschöpfender Kampf gegen Windmühlen bleibt.

Markus Strüver
ist Gründer und Leiter der Natur- und Abenteuerschule Odenwald, Naturphilosoph und interdisziplinärer Naturforscher an der Schnittstelle von Archäogenetik und prähistorischer Kulturgeschichte. Zahlreiche Bildungsprojekte zu Natur und Umwelt seit 1988.
Info: www.intueto.de.
Kontakt für Rückmeldungen direkt an den Autor: E-Mail struever@t-online.de